

Beteiligung konkret!

Drittes Brandenburger Dialogforum für Kinder
und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen

4. bis 5. Oktober 2018
in Storkow



Impressum

Herausgeber:

Der Paritätische, Landesverband Brandenburg e. V.
Tornowstraße 48
14473 Potsdam
Tel.: 0331 28497-0
E-Mail: info@paritaet-brb.de
www.paritaet-brb.de

Verantwortlich:

Andreas Kaczynski

Redaktion:

Tanja Redlich
Kompetenzzentrum Kinder- und
Jugendbeteiligung Brandenburg
- Fachstelle Beteiligung in den
Hilfen zur Erziehung

Potsdam, Dezember 2018



Das 3. Dialogforum für Kinder und Jugendliche „Partizipation in den erzieherischen Hilfen“ und die hier vorgelegte Dokumentation wurden gefördert durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg und durchgeführt von der Fachstelle Beteiligung in den Hilfen zur Erziehung..



INHALT

■ Vorwort	4
■ Programm	5
■ Einführung	5
■ Tagungsablauf	7
■ Schwerpunkte	7
■ Workshops	
Workshop 1	10
Workshop 2	12
Workshop 3	14
Workshop 4	16
Workshop 5	18
Workshop 6	20
■ Ergebnisse, Ausblick, Meinungen	
Das Wahlergebnis	22
Die Workshopergebnisse	22
Rückmeldungen	23
Aus den Workshops für Fachkräfte	23
Abschluss	24
■ Klausurwochenende des Kinder- und Jugendhilfe Landesrates	25

Liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

mit Unterstützung des Landes Brandenburg konnten wir auch im Jahr 2018 ein Dialogforum für Kinder und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen durchführen. Und wie beim letzten Mal hatten wir dafür zwei Tage Zeit.

Viele von Euch waren schon im letzten Jahr, einige sogar beim 1. Dialogforum im Jahr 2016 dabei. Es war für das Organisationsteam schön zu sehen, wie viel Ihr in dieser Zeit an Selbstbewusstsein gewonnen habt. Dank der intensiven Vorarbeiten, die in den vergangenen Jahren von Euch geleistet wurden, konnte beim diesjährigen Forum in Storkow nun endlich eine organisierte Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen in Brandenburg gegründet werden. Sie trägt den Namen „Kinder- und Jugendhilfe Landesrat“. Dieser Rat wurde von allen Kindern und Jugendlichen gewählt, die sich am Dialogforum in Storkow beteiligt haben. Er zählt zehn reguläre Mitglieder, darunter einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreterinnen. Weitere sieben gewählte Kinder und Jugendliche stehen zum Nachrücken bereit, wenn eines der zehn offiziellen Ratsmitglieder ausscheidet. Für die Zukunft ist geplant, alle etwa 7.500 Kinder und Jugendlichen, die in Brandenburger Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung leben, an den Wahlen zu beteiligen.

Mit der Gründung des Rates wurde ein Hauptziel der bisherigen Dialogforen bereits umgesetzt. Und noch mehr: Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst hat nicht nur am diesjährigen Forum persönlich teilgenommen, sondern bereits ihre Unterstützung zugesagt, auch in finanzieller Hinsicht. Eure Arbeit wird also von der Landesregierung geschätzt. Und schon jetzt steht fest: Im nächsten Jahr wird es wieder ein Dialogforum geben.

Diese Dokumentation soll die wichtigsten Ergebnisse des 2018 durchgeführten Forums zusammenfassen. Leider konnte nicht in allen Workshops die ganze Zeit jemand sein, um mitzuschreiben. Vieles musste deshalb von den Flipcharts abgeleitet werden, die dort jeweils zusammengestellt worden sind. Wir bitten um Verständnis, wenn nicht alles ganz genau mit Euren Erinnerungen übereinstimmt.

Und noch ein Hinweis: Die Namen der Kinder und Jugendlichen, die hier benannt sind, und auch das angegebene Alter entsprechen nicht der Wirklichkeit. Mit Ausnahme der Ratsmitglieder wurden alle persönlichen Angaben zu Kindern und Jugendlichen aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes geändert.

Mit herzlichem Dank für Euer Engagement
Euer Organisationsteam



Programm

Donnerstag, 4. Oktober 2018



- 09:30 - 10.30 Uhr Anreise, Anmeldung
- 10:30 - 11.00 Uhr Gemeinsamer Auftakt
- 11:00 - 12.00 Uhr Workshops
- 12:00 - 13.00 Uhr Mittagessen
- 13.00 - 15.00 Uhr Workshops
- 15:00 - 15.30 Uhr Kaffeepause
- 15:30 - 17.00 Uhr Workshops
- 18:00 Uhr Grillen
- 19:30 - 22.00 Uhr Kontakt- und Begegnungsabend

Freitag, 5. Oktober 2018

- 07:30 - 09.30 Uhr Zimmerräumung, Frühstück
- 10:00 - 12.00 Uhr Workshops
- 12:00 - 13.00 Uhr Mittagessen
- 13:30 - 15.00 Uhr Abschlussplenum
- 15.00 Uhr Abreise



Einführung

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz bestimmt, dass Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen beteiligt werden müssen, die für sie von Bedeutung sind. Damit wird in Deutschland Artikel 12 des Internationalen Übereinkommens über die Rechte des Kindes - kurz: die UN-Kinderrechtskonvention - gesetzlich verankert. Dort wird Kindern und Jugendlichen zugesichert, dass ihre Meinung in allen sie betreffenden Angelegenheiten altersangemessen berücksichtigt wird. Damit das konkret umsetzbar ist, muss es Beteiligungsangebote, Mitspracherechte und Beschwerdeinstanzen geben. Das gilt natürlich auch für die Hilfen zur Erziehung. Deshalb haben Kinder und Jugendliche dort das Recht,

- sich an der Hilfeplanung zu beteiligen,
- die Alltagsgestaltung und die Regeln in ihrer Familie oder ihrer Wohngruppe mitzubestimmen,
- ihren schulischen und beruflichen Werdegang soweit wie möglich selbst zu wählen und
- sich zu beschweren, wenn sie sich übergangen oder benachteiligt fühlen oder etwas anderes gegen ihre Vorstellungen läuft.

Damit soll zweierlei erreicht werden: Zum einen sollen die Kinder und Jugendlichen möglichst früh Erfahrungen mit der Demokratie zu sammeln, denn schließlich sind sie die Wählerinnen und Wähler, vielleicht auch die Politikerinnen und Politiker von morgen. Sie



sollen sich gleichzeitig aber in den Einrichtungen auch wohl und respektiert fühlen.

Dieses Recht auf Beteiligung ist in den meisten Wohneinrichtungen mittlerweile im Konzept festgeschrieben. Im Alltag ist die Umsetzung aber noch immer schwierig. In manchen Einrichtungen wissen die Kinder und Jugendlichen gar nicht so recht, wo sie überhaupt mitbestimmen dürfen und wie man das organisiert.

An den beiden Dialogforen der letzten Jahre haben sich mehr als 160 Kinder und Jugendliche aus ganz Brandenburg beteiligt. Ihre Beiträge haben deutlich gezeigt, dass ihre Mit- und Selbstbestimmungsrechte mancherorts nicht so verwirklicht werden, wie sie es sich wünschen. Das betrifft zum Beispiel die Handynutzung, die Schlafens- und Ausgehzeiten oder auch die Vorschriften über die Höhe und den Zweck des Taschengeldes. Es konnten aber auch eine Menge Ideen zur Verbesserung zusammengetragen werden. Ganz besonders erfreulich ist, dass manches davon in den Einrichtungen direkt umgesetzt wurde.

Das Konzept für das hier dokumentierte 3. Dialogforum „Partizipation in den Erzieherischen Hilfen“ wurde zusammen mit Kindern und Jugendlichen entwickelt. Sie wurden dabei unterstützt von der Fachstelle „Beteiligung in den Hilfen zur Erziehung“, einem Projekt des Kompetenzzentrums Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg.

Außerdem an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren folgende Organisationen:

- Das Albert-Schweitzer-Familienwerk Sachsen-Anhalt e.V.
- Evangelische Jugendhilfe Geltow
- GFB - Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung Brandenburger Kinder und Jugendlicher mbH
- KJHV - Kinder- und Jugendhilfe-Verbund
- Kleeblatt GmbH
- Märkisches Sozial- und Bildungswerk e.V.
- VPK - Landesverband privater Träger der freien Kinder-, Jugend- und Sozialhilfe e.V.
- Die Wattenbecker GmbH
- Land Brandenburg - Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (MBJS)

Beim diesjährigen Dialogforum kamen 80 Kinder und Jugendliche sowie 35 pädagogische Fachkräfte aus 20 Einrichtungen zusammen.

Schwerpunkte

Das diesjährige Forum hatte zwei Schwerpunkte. Zum einen war beim Vorbereitungstreffen festgestellt worden, dass viele Kinder und Jugendliche noch immer zu wenig über ihre Rechte wissen. Deshalb wurde in diesem Jahr jeder Workshop mit „Input“ - also Informationen - von Expertinnen und Experten eingeleitet, bevor es in die eigentlichen Arbeitsphasen ging.

Außerdem wurde nach zwei Jahren Vorbereitung nun mit dem Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg endlich eine eigene Interessenvertretung von und



für Kinder und Jugendliche in den Erzieherischen Hilfen gegründet.

Wahlen zum Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg

Parallel zu den Workshops wurden die ersten Wahlen zur landesweiten Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen in den Erzieherischen Hilfen durchgeführt. Noch bevor es in die Workshops ging, haben sich die ersten Kandidatinnen und Kandidaten auf der Bühne im Versammlungsraum vorgestellt. Gleichzeitig wurde nach weiteren Kinder und Jugendlichen gefragt, die an einer Kandidatur für den Rat interessiert sind. Außerdem wurde erklärt, wie der Rat organisiert ist,



Beteiligung kann anstrengend sein.



wer wählen darf, wer sich zur Wahl stellen kann, wie die Wahl gestaltet wird und:

- Der Rat setzt sich aus 10 gewählten Mitgliedern zusammen, die unterschiedliche Aufgaben übernehmen. Er hat einen dreiköpfigen Vorstand, der von

den Mitgliedern des Kinder- und Jugendhilfe Landesrates gewählt wird.

- Als in den Rat gewählt gelten diejenigen 10 Kandidatinnen und Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten. Alle weiteren Kandidatinnen und Kandidaten gelten als Nachrücker - für den Fall, dass bis zur nächsten Wahl Delegierte (also gewählte Ratsmitglieder) ausscheiden. Nachrücker werden über alles informiert, nehmen aber nicht an den regelmäßigen Ratssitzungen teil.
- Gewählt wird erst, wenn es mehr als 10 Kandidatinnen und Kandidaten gibt.
- Wählen durften alle Kinder und Jugendlichen, die angereist waren, um am Dialogforum teilzunehmen. Dabei haben alle so viele Stimmen, wie es Kandidatinnen und Kandidaten gibt. Das nennt man „Wahl per Zustimmung“.
- All diese Kinder und Jugendlichen durften sich auch als Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stellen. Eine Altersbegrenzung nach oben oder unten gab es nicht.
- Alle, die sich zur Wahl stellten, mussten dafür einen „Steckbrief“ mit Angaben zu sich selbst und den Gründen, aus denen sie im Rat mitarbeiten möchten, ausfüllen.
- Die Steckbriefe mussten am selben Tag bis 13.00 Uhr im extra dafür eingerichteten Wahlbüro abgegeben werden, wo sie ausgehängt wurden. Zwischen 15.00 und 18.00 Uhr konnte gewählt werden.





Der Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg.
Von links oben: Lisa, Jenny, Tina, Maike

Von links unten: Vivian, Sandra, John, Leonie, André, Amely

Dafür waren im Wahlbüro Wahlzettel und Urnen aufgestellt worden. Das Büro war die gesamte Zeit über mit Erik, dem Wahlleiter, besetzt.

Parallel zu den Wahlen wurde in Workshop 6 weiter am Konzept für den Landesrat gearbeitet. Dabei wurden noch einmal die Ziele und Aufgaben des LKJR und die Arbeitsplanung für das kommende Jahr abgestimmt. Maßgeblich an den Vorbereitungen beteiligt war André Rohloff, der in einer Wohngruppe der Evangelischen Jugendhilfe Schweicheln in Geltow lebt.

Schon in der Begrüßung wurde darauf hingewiesen, dass Brandenburgs Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Britta Ernst diesen Workshop nachmittags besuchen würde, um mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die Chancen und Grenzen der künftigen Zusammenarbeit des Ministeriums mit dem LKJR zu diskutieren. Sie wurde dabei unterstützt von Elke Wagner, die im Ministerium für die Einrichtungsaufsicht und die Betriebserlaubnis für Einrichtungen der Hilfen zur Erziehung zuständig ist.

Auch Kristy Augustin, Mitglied des Landtagsausschusses für Bildung, Jugend und Sport, hat das Forum besucht und sich von jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern über die Inhalte und Ziele informieren lassen.

Workshops

Gleich im Anschluss begann die Arbeit in den fünf weiteren Workshops. Die jeweiligen Fragestellungen waren:

- Was tun bei Konflikten?
- Wie plant man Aktivitäten und Projekte?
- Wie darf und kann man sich am Hilfeplanverfahren beteiligen?
- Wie lässt sich Beteiligung in der Praxis organisieren?
- Welche Mitbestimmungsmöglichkeiten gibt es bei den Finanzen und bei der Lebens- und Freizeitgestaltung?

Die mit diesen Themen verbundenen Probleme und Lösungen haben die Kinder und Jugendlichen und die Fachkräfte zunächst in getrennten Gruppen unabhängig voneinander erarbeitet. Am zweiten Tag sind sie dann zusammengelassen, um ihre Ergebnisse zu diskutieren. Die benannten Probleme und Lösungsvorschläge waren zum Teil identisch, zum Teil wichen sie aber auch voneinander ab. In diesen Fällen haben die Kinder und Jugendlichen mit den Fachkräften Kompromisse ausgehandelt.

Alle Workshops wurden von Expertinnen und Experten mit Informationen zum jeweiligen Themenbereich eingeleitet. Später ging es dann unter der Leitung der jeweiligen Moderatorinnen und Moderatoren in die eigentliche Erarbeitung. Dabei konnten Erfahrungen ausgetauscht werden, und es gab natürlich viel Raum für Kritik. Es konnte aber auch eine Menge an Ideen zusammengetragen werden, und einige der von den Expertinnen und Experten vorgestellten Methoden konnten direkt spielerisch ausprobiert und eingeübt werden.

Workshop 1: Konflikte und Konfliktlösung

Überall, wo Menschen zusammenwohnen, kommt es gelegentlich zu Meinungsverschiedenheiten und persönlichen Auseinandersetzungen. Natürlich sind auch Kinder- und Jugendwohngruppen davon nicht ausgenommen. Es gibt viele Gründe für Konflikte. Manchmal geht es nur um ein falsches Wort zur falschen Zeit, manchmal um unterschiedliche Vorlieben oder Ansichten und manchmal auch um ernsthafte Eingriffe in die persönlichen Rechte.



Input: Said Selmann Moderation: Steffen Adam, Gregor Schröder

In diesem Workshop trugen die Kinder und Jugendlichen zunächst zusammen, was die häufigsten Konfliktauslöser sind. Dazu gehören zum Beispiel Diebstahl und Lügen, Beziehungsprobleme, provozierendes Auftreten und Regelverstöße. Manches davon hat damit zu tun, dass man zu wenig oder nicht offen miteinander spricht. Und das ist auch oft der Grund dafür, dass Konflikte scheinbar nicht lösbar sind: Viele Kinder und Jugendliche haben Angst vor offenen Aussprachen. Sie befürchten, ausgelacht oder sogar geschlagen zu werden, die oder den andere/n zu verletzen, vor der Gruppe als Petze dazustehen oder einen Vertrauensbruch zu begehen.

■ Mehr Kommunikation

Deshalb schlägt die Gruppe zum einen vor, dass in den Einrichtungen schon im Vorfeld mehr für die Kommunikation getan wird. Dazu gehören einerseits ein freundlicher Umgangston und regelmäßige Gruppenversammlungen. Im tatsächlichen Konfliktfall sollte es außerdem Menschen geben, die zuhören. Das könnten erwachsene Vertrauenspersonen sein oder auch Kinder und Jugendliche, die sich mit Streitschlichtung auskennen. Gleichzeitig sollte es aber auch, damit angestauter Ärger nicht unschön explodiert - zum Beispiel in Beschimpfungen oder Gewalt - Rückzugsräume und Gelegenheiten zum Austoben geben.

■ Regeln überprüfen

Wenn Regelverstöße zu Konflikten führen, liegt das manchmal daran, dass nicht alle die Regeln kennen oder sie akzeptieren. Das lässt sich ändern, wenn man sicherstellt, dass wirklich alle an ihrem Zustandekommen beteiligt sind. Wenn nämlich in einer Einrichtung immer wieder neue Kinder und Jugendliche ein- und andere ausziehen, ist irgendwann niemand von denen mehr da, die die Regeln einst ausgehandelt haben. Deshalb sollte es regelmäßig einmal in der Woche und darüber hinaus auch in besonderen Bedarfsfällen - zum Beispiel bei Gewalt - Gruppenversammlungen geben, in denen die Grundabsprachen thematisiert werden. Zu harte Regeln können außerdem ein Grund sein, aus dem in den Einrichtungen nicht über Konflikte gesprochen wird. Denn oft gibt es dafür eine Art



In diesem Workshop gab es viel Bewegung



Bußkatalog, in dem für jedes Fehlverhalten eine ganz bestimmte Strafe vorgesehen ist. Diese Auflagen fallen mitunter sehr hart aus. In einer Einrichtung muss man zum Beispiel das gesamte Taschengeld an die Gruppenkasse abgeben, wenn man beim Rauchen erwischt wird. Said Seltmann, der für den Input zuständig war, fand, dass das zu weit geht. Er meinte, dass es in der Selbstbestimmung auch Grenzen geben müsste, wenn man sich damit selbst schadet. Das könnte zum Beispiel ein Einspruchsrecht der zuständigen Betreuerinnen und Betreuer sein. Solche Regelmäßigkeit hilft auch dabei, Konflikte zu entschärfen. Denn es beruhigt, wenn alle wissen, dass sie mit ihrem Ärger nicht alleingelassen werden, sondern ihn in spätestens einer Woche direkt aussprechen können.

■ Klares Beschwerdeverfahren

Und damit der Frust im Zweifelsfall nicht überhand nimmt, muss es einen klaren Beschwerdeweg geben, über den alle informiert sind und der nötigenfalls auch das Jugendamt einbezieht. Damit alle wissen, dass ihre Beschwerden auch wirklich Erfolg haben, müssen die Entscheidungen der verschiedenen Stationen protokolliert werden. Und zum Schluss muss ausgewertet werden, zu welchen Ergebnissen die Beschwerden letztlich geführt haben.

- Rezepte für die Konfliktlösung gibt es nicht
Ein wichtiges Ergebnis des Workshops ist also, dass es für die Konfliktlösung keine einfachen Rezepte gibt. Konflikte betreffen meist nicht nur Opfer und Täter*innen, sondern sowohl die Gruppe als auch die Einrichtung insgesamt. Und beide müssen beteiligt werden, wenn man Streit und Auseinandersetzungen vermeiden will. Auch dafür, wie man in der Gruppe mit Konflikten konkret umgehen kann, haben die Kinder und Jugendlichen gemeinsam eine Methode und klare Regeln aufgestellt.

Die Fachkräfte haben mit den Vorschlägen der Kinder und Jugendlichen allgemein zugestimmt. Sie haben darüber hinaus praktikable Ideen entwickelt, wie sich eine bessere Kommunikation und verbindlichere Regeln in der Einrichtung umsetzen lassen.

Dazu gehören zum Beispiel:

- mehr Raum, um über Gefühle zu reden, vielleicht auch ein Extrazimmer
- Mitsprache bei Neuaufnahmen und Zimmerbelegung
- regelmäßige Gruppenbesprechungen, in denen auch die Regeln Thema sind
- mehr gemeinsame Unternehmungen und Aktivitäten, die Spaß machen.



Workshop 2

Verantwortung in eigener Sache übernehmen

Input: Dominik Ringler

Moderation: Nadine Messerschmidt,
Alexander Krieger



Mitbestimmung bedeutet einerseits die Durchsetzung eigener Interessen. Andererseits ist damit aber auch Verantwortung verbunden. Wer über die Verwendung des Taschengeldes selbst bestimmen kann, muss auch selbst dafür sorgen, dass es bis zum Monatsende reicht. Und wenn man gern lange aufbleibt, muss man damit zurechtkommen, dass man in der Schule vielleicht unausgeschlafen ist. Noch größer ist die Verantwortung, wenn man für andere plant. Bestimmt man zum Beispiel mit über den Speiseplan, kann es sein, dass man Ärger bekommt, wenn das Essen nicht allen schmeckt. Noch schwieriger ist es, wenn man sich an der Planung größerer Projekte beteiligt - etwa an einer Ferienfahrt oder einer Geburtstagsparty. Da kann es nämlich sein, dass man hinterher Kritik einstecken muss, weil es nicht allen gefallen hat.



Hier kann es helfen zu wissen, wie man Veranstaltungen und Freizeitaktivitäten so plant, dass es keine Katastrophen gibt und möglichst alle Spaß haben.

Dafür leicht umsetzbare Methoden kennenzulernen sollte Schwerpunkt von Workshop 2 sein. Tatsächlich hat die Arbeitsgruppe aber zunächst festgestellt, dass es dazu viel zu wenig Gelegenheit gibt, weil die meisten Gruppenaktivitäten ohnehin allein vom Betreuungsteam entschieden würden, oft auch ohne Begründung. Außerdem sei oft nicht klar, wie viel an sogenanntem Kulturgeld überhaupt vorhanden sei und wofür man es ausgeben dürfe. Die meisten wären deshalb schon froh, wenn sie überhaupt an der Planung von Aktivitäten und Unternehmungen und bei der Geldverwendung beteiligt würden. Und um gar selbst planen zu können, wären außerdem auch Informationen über mögliche Ziele und Angebote in der Umgebung nötig.



Viele fanden auch, dass es für größere oder besondere Veranstaltungen ohnehin zu wenig Freizeit gibt. Schule oder Ausbildung, Hausaufgaben, Haushaltsarbeiten und andere Verpflichtungen füllen den Tag bei den meisten fast vollständig aus. Die restliche Zeit wird nach dem Empfinden der Gruppe in den meisten Einrichtungen so organisiert, wie es die Leitung oder das zuständige Betreuungsteam für richtig halten. Die täglichen Ausgeh-, Bett- oder Frühstückszeiten sind also meist nicht selbst

bestimmbar. Deshalb meinten einige Gruppenmitglieder, dass echte selbstständige Freizeitplanung nur dann möglich ist, wenn der Alltag offener gestaltet wird. Andere fanden, dass zur Freizeitgestaltung auch Haustiere gehörten. Und schließlich waren alle der Meinung, dass Beteiligung - egal ob in der Freizeit oder anderswo - nur dann wirklich vorhanden ist, wenn man sich da, wo man unzufrieden ist, beschweren darf. Das ist zwar nirgendwo verboten, aber vor allem in Einrichtungen mit unzureichenden Beschwerdeverfahren sind die Ergebnisse oft so unbefriedigend, dass viele darin überhaupt keinen Sinn sehen.

Die Fachkräfte konnten diese Wünsche und Einwände zum größten Teil nachvollziehen. Sie haben auch einige gut umsetzbare Vorschläge entwickelt, wie sich die Kinder und Jugendlichen durch Gruppenbesprechungen, gemeinsame Wochenpläne und mehr Flexibilität auf Seiten des Betreuungsteams besser in die Organisation einbeziehen lassen. Außerdem unterstützen sie die Forderung nach Einblick in die Aufteilung des Geldes und sehen auch Möglichkeiten, die persönlichen Wünsche bei den Schlafens- und Ausgehzeiten besser zu berücksichtigen, zum Beispiel über ein „Bettzeitkonto“. Ihnen ist aber wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen ihre Wünsche klar äußern und im Zweifelsfall auch für Kompromisse aufgeschlossen sind. Die Fachkräfte waren sich außerdem einig, dass es in jeder Einrichtung ein Beschwerdeverfahren geben muss und dass die Informationen über die Beschwerdewege und die zuständigen Ansprechpartnerinnen und -partner klar vermittelt werden müssen.



Damit das besser kontrollierbar ist, empfehlen sie, den Weg jeder Beschwerde von der Einreichung bis zum Ergebnis schriftlich festzuhalten. Für den Wunsch nach Haustieren konnten die Fachkräfte keine direkte Lösung anbieten. Tierhaltung ist nämlich immer eine Frage der Einrichtungskonzeption. Will man das ändern, ist viel übergreifende Arbeit nötig, und auch das Jugendamt muss einbezogen werden. Die Fachkräfte schlugen vor, dass man dafür erst einmal mit Tierheimen zusammenarbeitet oder Tierpatenschaften übernimmt.



Workshop 3

Der Hilfeplan soll die Kinder und Jugendlichen bei der Lebensplanung und -gestaltung unterstützen. Das Hilfeplanverfahren soll sich deshalb nicht nur an den Vorstellungen der Eltern und Fachkräfte, sondern auch am Willen der Kinder und Jugendlichen und ihren persönlichen Zielen orientieren. Kinder und Jugendliche haben deshalb das Recht, dabei mitzubestimmen.

Echte Beteiligung im Hilfeplanverfahren

Input: Sybill Radig

Moderation: Katja Stephan



Dieses Recht auf Mitbestimmung wird aber überall unterschiedlich und manchmal sogar überhaupt nicht umgesetzt. Workshop 3 hat sich damit auseinandergesetzt, was aus der Sicht der Kinder und Jugendlichen nötig wäre, damit sie ihre Vorstellungen besser durchsetzen können.

Die Fragestellungen waren:

- Wie soll das Hilfeplangespräch aufgebaut sein?
- Wer soll daran teilnehmen?
- Wie kann man die Atmosphäre so verbessern, dass sich die Kinder und Jugendlichen in den Gesprächen wohl fühlen?

Beim ersten Erfahrungsaustausch gab es viel Kritik am Ablauf und an der Vorbereitung der Hilfeplangespräche. Zum einen wird in den Einrichtungen nur selten über die anstehenden Themen informiert, und wenn dann danach die weiteren Wege beschlossen sind, werden die Ziele und die Entscheidungen des Hilfeplanes meist nicht so vermittelt, dass sie von den Kindern und Jugendlichen verstanden werden. Die meisten wussten gar nicht, dass sie das Recht haben, den Bericht über das Gespräch und die getroffenen Vereinbarungen zu erhalten. Und viele derjenigen, die ihn lesen durften, hatten dabei Verständnisprobleme. Sich unter solchen Bedingungen eine Meinung zu bilden, ist natürlich schwer. Und noch schwerer ist es, das Recht auf Mitbestimmung der Ziele wahrzunehmen.

Auch die Beteiligung am Hilfeplangespräch ist nicht überall sichergestellt. Viele der Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer berichteten, dass sie bei bestimmten Themen den Gesprächsraum verlassen müssen - anscheinend, weil sie nicht hören dürfen, was dort verhandelt wird. Ein Junge hat überhaupt noch nie daran teilnehmen dürfen. Andere haben erlebt, dass

es im Gespräch gar nicht um ihre eigenen, sondern um die Interessen der Eltern geht - sogar, wenn dabei das Kindeswohl infrage gestellt ist. Und darüber, wer am Hilfeplangespräch teilnimmt, durften die meisten Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer bisher nicht mitbestimmen. Viele würden sich aber wohler fühlen, wenn ihre Geschwister dabei wären.



Kritisiert wurde außerdem, dass die Atmosphäre bei den Gesprächen nicht kinder- und jugendfreundlich ist. Weil sie unter diesen Bedingungen nicht offen reden können, wünschen sich die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer eine schönere Umgebung und mehr Gastlichkeit - zum Beispiel andere Orte als das Jugendamt und Kleinigkeiten zum Naschen. Auch eine persönliche Beziehung zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes fänden die meisten wichtig. Dafür hätten sie gern die Gelegenheit, sich vorher an einem neutralen Ort kennenlernen zu können.



Die Fachkräfte fanden diese Vorschläge und Forderungen sehr nachvollziehbar. Sie schlugen vor, dass

- in den Einrichtungen besser über die Beteiligungsrechte beim Hilfeplan aufgeklärt wird und dass es in den Einrichtungen entsprechende Broschüren gibt, die in denen auch Adressen von Beratungsstellen aufgelistet sind
- die beim Jugendamt zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Kennenlernen in die Einrichtungen eingeladen werden
- das Hilfeplangespräch in den Einrichtungen als Rollenspiel geprobt wird
- die Einrichtungen auf Themenabenden zu allem informieren, was mit der Unterbringung in einer Wohngruppe zu tun hat - also auch zum Beispiel über die Aufgaben von Jugendamt und Vormund
- die Einrichtungen gemeinsam mit den Schulen über das Kindeswohl informieren
- übergreifende regionale Beschwerdestellen eingerichtet werden, an die sich die Kinder und Jugendlichen im Zweifelsfall wenden können.



Sie raten den Kindern und Jugendlichen, in Konfliktfällen mutig ihren eigenen Standpunkt zu vertreten und wenn es ganz hart kommt, die offiziellen Beschwerdewege zu nutzen, die Unterschrift zu verweigern oder sich direkt an die Leitung des Jugendamtes zu wenden.



Workshop 4: Partizipation in den Einrichtungen praktisch umgesetzt

Input: Julian von Oppen
Moderation: Sven Gräber

– Kinder und Jugendliche wollen und dürfen in ihren Einrichtungen mitreden und mitbestimmen. Und das laut Gesetz immer dann, wenn es um Entscheidungen geht, die ihr Leben betreffen. Aber welche sind das genau? Und wie kann man dieses Recht einfordern?

Workshop 4 hat sich zur Beantwortung dieser Fragen damit auseinandergesetzt, mit welchen Methoden die Beteiligung am besten sichergestellt werden kann.



Zur Einführung wurde eine ganze Reihe guter Praxisbeispiele aus den Einrichtungen vorgestellt. Es wurde aber auch zusammengetragen, welche Erfahrungen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bis jetzt mit der Alltagsbeteiligung selbst gesammelt haben. Gleichzeitig ging es um die Aufgaben und Pflichten von Gruppensprecherinnen und -sprechern und Beschwerdestellen.

Schon zu Beginn zeigte sich, dass die Kinderrechte in den meisten Einrichtungen nicht genügend bekannt sind. Dort wo überhaupt, wurden sie mündlich kurz erklärt und schnell wieder vergessen. Die Kinder und Jugendlichen wünschen sich deshalb, dass sie diese Informationen nicht nur einmal, sondern regelmäßig immer wieder und auch zum Nachlesen erhalten - entweder in einem Plakat, einem Buch oder dem Internet. Die Fachkräfte stimmten dem zu und schlugen ergänzend vor, dass man dafür regelmäßige Termine in den Einrichtungen vereinbaren sollte.

■ Das Recht auf Intimsphäre

Ein großer Themenbereich des Workshops war das Recht auf Intimsphäre und die Bestimmung über den eigenen Körper. In Wohngruppen, die keine Einzelzimmer haben, ist Privatsphäre grundsätzlich eingeschränkt, weil sie immer wieder je nach Situation verhandelt werden muss. Es ist dann auch kaum möglich, Besuch zu empfangen und sich zurückzuziehen. Weiterer Kritikpunkt war, dass viele Betreuerinnen und Betreuer nicht anklopfen, wenn sie ein Zimmer betreten. Auch unerbetener Körperkontakt - egal ob von anderen Kindern oder den Betreuerinnen und Betreuern - wurde kritisiert. Die Fachkräfte fanden es sehr wichtig, dass die Kinder und Jugendlichen den Mut finden, in der Einrichtung über derartige Probleme zu sprechen - sowohl grundsätzlich als auch direkt, wenn jemand ihre Grenzen überschreitet. Als einfache Lösungen schlugen sie zum Beispiel ein Türschild vor. Und wenn das nicht weiterführt, sollte man das - hoffentlich vorhandene - Beschwerdeverfahren nutzen. Sie empfahlen aber auch, dass jede Einrichtung altersgerechte Rückzugsorte und konkrete Besuchsregelungen hat.

■ Die Regeln

Darüber hinaus wurden die Einrichtungsregeln untersucht. Viele Kinder und Jugendliche fühlen sich durch un-

begründete Vorschriften bevormundet und gegenüber dem Betreuungsteam benachteiligt. Sie wünschen sich einen höflichen und respektvollen Umgang und auch beim Essen - etwa was Kopfbedeckungen oder Handys angeht - gleiche Regeln für alle. Dem haben die Fachkräfte uneingeschränkt zugestimmt.

■ Mitbestimmung im Alltag und Beschwerden

Außerdem wünschen sich die Kinder und Jugendlichen grundsätzlich mehr Mitbestimmung im Alltag. Das betrifft die Raumgestaltung genauso wie die Freizeitplanung. Die Fachkräfte schlugen vor, in diesen Bereichen das Mitspracherecht jeweils in den Gruppenversammlungen auszuhandeln.

Was die Beschwerdemöglichkeiten angeht, gab es viel Skepsis. Viele Kinder haben Angst vor Beschwerden oder trauen dem Verfahren nicht. Sie fürchten entweder, dass die Beschwerden nicht richtig ernstgenommen oder dass sie öffentlich bekanntgemacht werden. Deshalb wünschen sie festgeschriebene Beschwerdeverfahren und frei wählbare Vertrauenspersonen. Dies können sowohl Kinder und Jugendliche als auch Erwachsene sein. Einige fänden es hilfreich, wenn es eine Art Kummerkasten für anonyme Beschwerden gäbe, den ein „Kidsteam“ gemeinsam auswertet. Das fanden auch die Fachkräfte richtig. Und sie ergänzten, dass es verständlich erklärt werden müsse, warum Beschwerden abgelehnt oder angenommen werden. Außerdem fänden sie es sinnvoll, wenn die Vertrauensperson die Kinder und Jugendlichen bei Beschwerden bis zur Lösung hin begleitet.

■ Fernsehen, Handy, Internet & Co.

Und abermals gab es viel Kritik an der eingeschränkten Mediennutzung. Sowohl die Internet- und Handy- als auch die Fernsehzeiten werden in den meisten Einrichtungen streng kontrolliert. Das hat zur Folge, dass die jungen Menschen nur begrenzt Informationen und Wissen aus dem Internet nutzen können. Dieses Problem, meinten die Fachkräfte, lässt sich nicht grundsätzlich lösen. Denn schließlich haben die Betreuerinnen und Betreuer den Auftrag, die Kinder und Jugendlichen vor schädigenden Einflüssen von außen zu schützen. Sie schlagen deshalb vor, dies vor Ort individuell zu lösen und gemeinsam mit den Kindern und Jugendlichen altersgerechte Verträge zur Mediennutzung auszuhandeln.



Es gab noch eine Fülle weiterer Bereiche, in denen die Kinder und Jugendlichen sich in ihren Rechten eingeschränkt fühlen - zum Teil, weil ihnen Informationen fehlen. Kaum irgendwo ist bekannt, welche Aufgaben das Jugendamt eigentlich hat und wer die dort wie und in welchen Belangen zu kontaktieren ist. Auch in die Verwendung des Geldes für die Bereiche Hygiene, Taschengeld und Bekleidung hätten die meisten gern mehr Einsicht. Ein großes Problem ist, dass die meisten viel zu wenig über den Hilfeplan wissen. Viele verstehen nicht, worum es dabei geht und wie sie sich im Hilfeplangespräch verhalten sollen, um ihre Beteiligungsrechte durchzusetzen. Sie fänden es gut, wenn es darüber in den Einrichtungen mehr Aufklärung gäbe. Noch lieber wäre ihnen, wenn die Betreuerinnen und Betreuer sie bei der Vorbereitung darauf unterstützen würden.

Die Ergebnispräsentation



Workshop 5: Mitbestimmung bei der Lebens- und Freizeitgestaltung und bei den Finanzen

Moderation: Mia Zickerow Grund
Input: Katrin Schlosshauer



Laut Gesetz sollen Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen beteiligt werden, die ihre Belange betreffen. In den erzieherischen Hilfen ist das bei den großen Themen wie z.B. dem eigenen Geld, der Freizeitgestaltung, der Zimmereinrichtung oder auch der Kleidung nicht so einfach. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Workshop 5 konnten von Katrin Schlosshauer zuerst erfahren, welche Rechte Kinder und Jugendliche haben und wo es Grenzen gibt. Im Anschluss wurde darüber diskutiert, wie sich die eigenen Wünschen und Interessen gegenüber den Erwachsenen formulieren und vertreten lassen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben das umfangreiche Themenfeld der Lebens- und Alltagsgestaltung in die vier Bereiche Geld/Finanzen, Privatsphäre, Freizeit und Kommunikationsmittel eingeteilt.

■ Geld/Finanzen

Die Kinder und Jugendlichen finden, dass weder die insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel noch ihre Aufteilung in die Bereiche „Bekleidungs-geld“, „Kultur-geld“, „Hygiene-geld“ und „Taschengeld“ sachgerecht und fair sind. Das Bekleidungs-geld sei mit 36,00 Euro pro Monat auf jeden Fall zu gering, um die Klamotten anderswo als bei Discountern oder gebraucht zu kaufen, Markenware ist überhaupt nicht finanzierbar. Und im Internet einkaufen, wo man erheblich sparen kann, sei auch ausgeschlossen.

Mit dem Hygiene-geld kommen viele nicht aus, weil es insgesamt zu wenig ist. Außerdem erhalten Mädchen und Jungen dieselben Beträge. Das wird als ungerecht empfunden, denn Mädchen haben schließlich einen speziellen, nachvollziehbar höheren Bedarf. Es wäre sinnvoller, so die allgemeine Meinung, wenn der Hygienebedarf vollständig von der Einrichtung übernommen würde.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ärgern sich auch darüber, dass das Taschengeld nicht nur von Landkreis zu Landkreis, sondern auch noch in den Einrichtungen unterschiedlich berechnet wird. Dass ihr selbstverdientes Geld - unabhängig, ob in einer Ausbildung oder in Ferien- und Aushilfsjobs - außerdem für den Lebensunterhalt „einkassiert“ wird, wird als demotivierend empfunden. Die Folge sei nämlich, dass man dann eben gar nicht oder „schwarz“ - also heimlich - arbeitet.

Unfair finden die Kinder und Jugendlichen außerdem, dass sie die Ausgaben für das Handy vom Taschengeld aufbringen müssen. Das Handy ist schließlich heute für die Kommunikation mit Gleichaltrigen unverzichtbar. Die Finanzierung sollte deshalb im Kostensatz berücksichtigt, das heißt vom Jugendamt übernommen werden.

■ Privatsphäre

Im Bereich „Privatsphäre“ wurde kritisiert, dass die Zimmer nicht nach dem persönlichen Geschmack gestaltet werden dürfen, die meisten auch am Wochenende nicht ausschlafen können und es zu wenig Gelegenheit zum Rückzug gibt.

■ Freizeit

Um ihre Freizeit selbstbestimmt gestalten zu können, wünschen sich die Kinder und Jugendlichen, dass in jedem Zimmer ein eigener Fernseher steht. Außerdem hätten sie gern weniger Hausdienste, denn der größte Teil des Tages wird ja schon durch Schule und Hausaufgaben belegt. Bemängelt wurde außerdem, dass es oft keinen Zugang zu externen Sport- und Freizeitangeboten wie Krafttraining oder Fußballverein gibt. In manchen Einrichtungen ist es nicht erlaubt, bei anderen fehlt das Geld für die Mitgliedsbeiträge oder die nötige Ausstattung - Sportkleidung zum Beispiel.

■ Kommunikationsmittel

Und auch die eingeschränkte Nutzung der Kommunikationsmittel ist für viele ein Problem: die Handyzeiten sind vielen zu begrenzt, denn deshalb können sie oft nicht an der allgemeinen Kommunikation - z.B. über WhatsApp - teilnehmen. Außerdem hätten die meisten gern unbeschränkten W-LAN-Zugang und genügend leistungsfähige Computer, denn für viele Hausaufgaben braucht man heute das Internet und eine ganze Reihe guter Softwareprogramme.



Kompromissvorschläge der Fachkräfte

- Die Fachkräfte schlagen vor, bei den Jugendämtern mit Unterstützung des Kinder- und Jugendhilfe Landesrates ein landesweit einheitliches Taschengeld, eine Erhöhung des Bekleidungs- und Hygienegeldes und die Übernahme der Handykosten zu beantragen.
- Die Finanzierung der Kosten für Sport und Hobbies dagegen könne man beim Jugendamt individuell beantragen. Dafür sagen die Fachkräfte ihre Unterstützung zu.
- Sie treten dafür ein, dass das Kulturgeld von den Wohngruppen selbst verwaltet und eigenverantwortlich für Aktivitäten verplant und ausgegeben wird. Gleichzeitig schlagen sie vor, Sparmöglichkeiten zu erforschen - wie z.B. Bibliotheken, Spielverleihe oder Flohmärkte.
- Die Privatsphäre und die Anzahl der Hausdienste, finden die Fachkräfte, sollte in jeder Einrichtung individuell mit dem Betreuungsteam verhandelt werden. Es sollte aber selbstverständlich sein, dass die Privatsphäre grundsätzlich geachtet wird und die Kinder und Jugendlichen selbst bestimmen dürfen, wer sich im Zimmer aufhalten darf.
- Und die Frage, wer wann welche elektronischen Kommunikations- oder Unterhaltungsmittel nutzen darf, sei sowohl vom Alter der Kinder und Jugendlichen wie auch von der Konzeption der Einrichtung abhängig. Da wäre es sinnvoll, wenn das mit den Kindern und Jugendlichen individuell über Nutzungsverträge geregelt würde. Sie unterstützen aber die Forderung nach allgemein zugänglichem W-LAN.



Workshop 6: Landesweite Interessenvertretung

Moderation: Tanja Redlich
Annett Bauer



Die ersten vier Kandidatinnen und Kandidaten haben sich schon bei der Eröffnung vorgestellt. Sie haben dabei kurz über die Ziele, die Aufgaben und die Zusammensetzung des Rates informiert und gleichzeitig um weitere Kandidaturen gebeten. Alle Interessierten wurden gebeten, eine Art Steckbrief auszufüllen, in dem sie etwas über sich und ihre Motivation für die Ratstätigkeit berichten sollten. Für alle damit zusammenhängenden Angelegenheiten war ein Wahlbüro eingerichtet worden, in dem die Steckbriefe und alle wichtigen Informationen an einer Wandtafel ausgehängt waren.



■ Besuch von der Bildungsministerin
Für alle, die die an einer Kandidatur für den Rat interessiert waren, gab es in Workshop 6 Gelegenheit, sich vertieft darüber zu informieren und auszutauschen. Am Nachmittag des ersten Tages war Bildungsministerin Britta Ernst angereist, um sich von den Kindern und Jugendlichen über Teilhabe- und Beteiligungsprobleme in den Erzieherischen Hilfen informieren zu lassen. Mehr noch als in den anderen Workshops ging es dabei um Geld:

Schon beim ersten Dialogforum gab es Überlegungen, eine landesweite Interessenvertretung der Kinder und Jugendlichen in den Erzieherischen Hilfen zu gründen. Im vergangenen Jahr wurde intensiv am Konzept gefeilt - also an der Frage, welche Aufgaben sie übernehmen könnte und wie sie organisiert sein müsste. Dabei wurde beschlossen, dass der Rat sich aus 10 gewählten Vertreterinnen und Vertretern zusammensetzen soll, die jeweils unterschiedliche Aufgaben wahrnehmen. An der Spitze soll ein Vorstand - bestehend aus einer/einem Vorsitzenden und zwei Stellvertreter*innen - stehen. In diesem Jahr wurden diese Ideen mit der Wahl zum Ersten „Kinder- und Jugendhilfe Landesrat“ (KJLR) endlich umgesetzt.



- Bewohnerinnen und Bewohner einer Einrichtung in Eberswalde erhalten trotz gleichen Alters nicht das gleiche Taschengeld wie diejenigen, die in Barnim leben.
- Von monatlich 36,00 Euro Bekleidungsgeld kann man sich nichts Vernünftiges zum Anziehen kaufen.



- Mancherorts erhalten die Kinder und Jugendlichen nur 6,00 Euro monatlich für den gesamten Hygiene- und Kosmetikbedarf, anderswo werden wenigstens Zahnpasta, Seife und Shampoo von der Einrichtung bereitgestellt.
- Schülerinnen und Schüler müssen alles und Auszubildende bis zu 80 Prozent ihres selbst verdienten Geldes an das Jugendamt abtreten.
- Die Kosten für Hobbys, Sport und musikalische Bildung werden nicht ausreichend finanziert.
- Vor allem im Betreuten Wohnen gibt es zu wenige Fachkräfte.
- In den Einrichtungen gibt es zu wenig Computer für die Hausaufgaben.
- Die Wohnungen für betreute Wohngruppen sind nicht nur unpassend möbliert, sondern oft auch mit gefährlich veralteten Haushaltsgeräten ausgestattet.

Die Ministerin hörte aufmerksam zu. Manches von dem, was ihr vorgetragen wurde, fand sie ziemlich fragwürdig. Dazu gehörte zum Beispiel die Uneinheitlichkeit, mit der das Taschengeld und das Hygienegeld geregelt sind, oder dass die Schülerinnen und Schüler das nebenbei verdiente Geld nicht behalten dürfen. Direkte Verbesserungen konnte sie aber nicht versprechen, weil sie für die meisten Probleme nicht zuständig ist: Das Taschengeld und die Höhe des Bekleidungsgeldes würden nämlich nicht vom Ministerium, sondern von den Landkreisen und kreisfreien Städten bestimmt, der Umgang mit dem Hygienegeld wiederum von den einzelnen Einrichtungen.

Ministerin Ernst versprach aber, die Kinder und Jugendlichen bei der Durchsetzung von Verbesserungen zu unterstützen. Was das Taschengeld angeht, werde sie sich für landesweite Empfehlungen einsetzen, und die Kosten für Hobbys und Sport ließen sich vielleicht über Sponsoren, Verbände oder Stiftungen mitfinanzieren, zu denen sie Kontakte hat. Parallel solle man aber versuchen, dafür eine gesonderte Förderung beim jeweiligen Jugendamt zu beantragen.

■ Unterstützung von der Einrichtungsaufsicht

In anderen Fragen, zum Beispiel zur Ausstattung der Einrichtungen, konnte Elke Wagner weiterhelfen, die im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport für die Einrichtungsaufsicht zuständig ist. Sie stellte fest, dass es gewisse Mindestanforderungen gibt, die der Einrichtungsträger erfüllen muss. Dazu gehören zum Beispiel eine funktionierende Heizung und ein Gasherd, der moderne Sicherheitsbestimmungen erfüllt. Frei zugängliches W-LAN und hochwertige Computer konnte sie den Kindern und Jugendlichen aber nicht versprechen: Es muss zwar jede Einrichtung digitale Arbeitsplätze zur Verfügung stellen, es ist aber nicht geregelt, in welcher Qualität.

Die Ministerin versprach abschließend, den neuen Kinder- und Jugendhilfe Landesrat in allen Landesangelegenheiten zu beteiligen, bei denen es um Einrichtungen und Angebote der Erzieherischen Hilfen in Brandenburg geht. Damit wird nicht nur ein UN-Kinderrecht, sondern auch eine Vorschrift des Kinder- und Jugendhilfegesetzes endlich konkret umgesetzt. Ein erster Austausch zwischen dem Ministerium und den Ratsmitgliedern soll schon in den kommenden Wochen stattfinden. Das Ministerium wird den Rat auch finanziell unterstützen. In der Höhe wollte sie sich noch nicht festlegen: „Fangt erstmal an, dann sehen wir, was ihr braucht“, meinte sie dazu.

Ergebnisse, Ausblick, Meinungen

Wichtigstes Ergebnis des Dialogforums ist natürlich die Wahl des Kinder- und Jugendhilfe Landesrat. Erfreulicherweise haben sich 17 Kinder und Jugendliche zur Wahl gestellt. Die Wahl wurde am 4. Oktober durchgeführt, und das Ergebnis wurde noch am selben Abend bekannt gegeben.

Das Wahlergebnis

Gewählt wurden André, Amely, John, Leonie, Sandra, Maike, Tina, Jenny, Lisa, Vivian.

Damit besteht der der Kinder- und Jugendhilfe Landesrat, kurz KJLR aus 10 ständigen Mitgliedern und die verbleibenden Kandidaten bilden die Nachrücker, falls jemand ausscheidet.

Am 2. Tag des Dialogforums wurden die Aufgaben innerhalb des KJLR besprochen und einzelne Funktionen per Abstimmung vergeben. Der 16-jährige André ist Vorsitzender des neuen Rates. Das macht auch Sinn, denn er hat schon seit zwei Jahren intensiv an der Gründung der Interessenvertretung mitgearbeitet und weiß genau, worum es geht. André sieht im Rat vor allem eine Anlauf- und Unterstützungsstelle für Kinder- und Jugendliche. Er lebt in einer Wohngruppe der Evangelischen Jugendhilfe in Geltow.

Die Mitglieder des KJLR sprachen sich für zwei Stellvertreter*innen aus. Das sind die 18-jährige Leoni und die 16-jährige Amely. Beide möchten sich im Rat vor allem für die bessere finanzielle Ausstattung der Erzieherischen Hilfen und der dort lebenden Kinder und Jugendlichen einsetzen: landesweit je nach Alter einheitliches Taschengeld, von dem man auch mal ins Kino gehen kann, bessere Kleidung und Übernahme der Kosten für Sport, Hobby und musikalische Bildung. Auch individuellere Ausgangszeiten sind ihnen wichtig.

John ist 16 Jahre alt und zuständig für die Finanzverwaltung des Rates. Unterstützt wird er dabei von der 19-jährigen Sandra. John ist bereits seit zwei Jahren gemeinsam mit André aktiv an der Gründung des Kinder- und Jugendhilfe-Landesrat beteiligt. John sind die Themen Hilfeplangespräche und die 75-Prozent-Regelung besonders wichtig.

Derzeit sind die Mitglieder damit beschäftigt, sich kennenzulernen, untereinander abzustimmen und das kommende Jahr zu planen. Dafür wurde bereits ein Klausurwochenende geplant. Gespräche mit dem MBSJ und ein weiteres Treffen mit Bildungsministerin Ernst sind in Vorbereitung.

Die Workshopergebnisse

Wie in der Einführung beschrieben, haben die Fachkräfte in ihren Workshops an denselben Themen gearbeitet wie die Kinder und Jugendlichen. Beide Gruppen haben zunächst unabhängig voneinander Lösungen für die jeweiligen Probleme erarbeitet. Diese Lösungen und Vorschläge waren zum Teil identisch, zum Teil wichen sie aber auch voneinander ab. In diesen Fällen haben die Kinder und Jugendlichen mit den Fachkräften Kompromisse ausgehandelt.

Die Workshopergebnisse wurden direkt in den einzelnen Workshopräumen präsentiert. Man musste also die verschiedenen Räume aufsuchen und sich jeweils selbst informieren. Das haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Gruppen getan. Vor Ort waren jeweils große Tafeln aufgestellt, auf denen die Forderungen und Emp-



Oben: André braucht Kaffee.
Rechts: Gregor erläutert bei der Präsentation die Ergebnisse von Workshop 1.





Nasim und Farid haben sich gefreut, hier andere Jugendliche kennenzulernen.

fehlungen der Kinder und Jugendlichen einerseits, die Vorschläge der Fachkräfte andererseits und die erzielten Kompromisse nebeneinander in Stichpunkten zusammengefasst waren. Natürlich stand auch die ganze Zeit über jemand bereit, um ergänzend die Inhalte zu erläutern und Fragen zu beantworten. Die Besucherinnen und Besucher hatten dann Gelegenheit, die erzielten Kompromisse zu bewerten, indem sie die überzeugendsten Lösungen mit farbigen Klebepunkten markierten.

Rückmeldungen

Von verschiedener Seite - so auch von Ministerin Ernst - wurde kritisiert, dass die Wählerschaft zum Kinder- und Jugendhilfe Landesrat auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Dialogforums beschränkt war. Tatsächlich war ursprünglich auch geplant, dass alle Kinder- und Jugendlichen an den Wahlen beteiligt werden sollten. Es wurde aber verworfen, weil bislang nicht klar ist, wie sich das ohne Verstoß gegen die neue Datenschutzgrundverordnung umsetzen lässt. Bis zur nächsten Wahl wird es dafür sicher eine Lösung geben.

Einige Wählerinnen und Wähler hätten es vorgezogen, wenn alle an einem Mandat (also einer Mitgliedschaft im Rat) interessierten Kinder und Jugendlichen sich nicht nur mit Steckbriefen, sondern auf einer Bühne vorgestellt hätten. „Dann hätte man auch gleich beurteilen können, welches Interesse dahintersteckt und ob die Persönlichkeit überhaupt dafür geeignet ist“, meinte die 14-jährige Miriam.

Wie beim letzten Dialogforum hatten sich auch diesmal einige Kinder und Jugendliche nicht völlig frei für die Teilnahme entscheiden können. Manche sind dennoch gern gekommen, denn immerhin mussten sie dann nicht in die Schule. Die meisten haben aber auch etwas gelernt. Der 15-jährige Finn zum Beispiel fand es gut zu erfahren, dass Kritik an den Regeln und am Umgang in der Einrichtung nicht verboten ist. „Bei uns ging das bis jetzt nicht“, meinte er „da sind immer alle einer Meinung mit den Betreuern.“ Und für den 14-jährigen Johann war es ganz neu, dass nicht alle Regeln in einer Einrichtung unumstößliche Gesetze sind. Er will sich jetzt in seiner Wohngruppe dafür einsetzen, dass man nicht immer schon zum Abendessen zu Hause sein muss und wenigstens am Wochenende länger als bis 21.00 Uhr fernsehen darf.

Aus den Workshops für Fachkräfte

Allgemein wurde es von den Fachkräften sehr begrüßt, dass sie die Gelegenheit hatten, selbst Beteiligungsprobleme zu benennen und dafür produktiv Lösungen zu erarbeiten. Denn manchmal ist es mit der Partizipation auch dann schwierig, wenn die Einrichtungen darauf großen Wert legen und sogar stets zugängliche Kinderrechtekataloge erarbeitet haben. Erst im Workshop, meinte ein Erzieher, habe er konkretere Vorstellungen davon gewinnen können, woran das liegt: Viel zu viele Informationen würden in seiner Einrichtung ohne Konzept quasi nebenbei zwischen Tür und Angel vermittelt. Echte Beteiligung sei aber nur zu erreichen, wenn



Elke Wagner von der Einrichtungsaufsicht dankte den Kindern und Jugendlichen für ihr Engagement.

man regelhafte Verfahren befolgt und die Zuständigkeiten - zum Beispiel der Gruppensprecherinnen und -sprecher - offiziell festlegt.

Auch die Gelegenheit zum Austausch wurde gern wahrgenommen. Einige meinten aber, dass man mehr hätte voneinander profitieren können, wenn die Einrichtungstypen sich ähnlicher gewesen wären. Bei zu großen konzeptionellen Unterschieden seien die Lösungen nämlich nicht mehr übertragbar. Ein Vorschlag für das nächste Mal: Auch aus Zeitgründen sollte es einerseits weniger Vorstellungsrunden geben. Außerdem sollten Einrichtungen mit ähnlichen Rahmenbedingungen mehr Gelegenheit haben, sich untereinander abzustimmen.

Abschluss

Zum Abschluss dankte Elke Wagner aus dem Ministerium den Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr

Engagement. Sie fand außerdem sehr lobende Worte für die kurze Zeit, die es von den ersten Ideen bis zur Gründung des Kinder- und Jugendhilfe Landesrates gebraucht hat. Und sie betonte sein politisches Gewicht: „Der Landesrat vertritt mehr als 7.000 Kinder und Jugendliche, die in Brandenburg in Einrichtungen leben. Das ist keine Kleinigkeit!“

Tanja Redlich bat um zukünftige Unterstützung: „Der Rat“, stellte sie fest, „ist auf die Mitarbeit aller Kinder- und Jugendlichen in den Erzieherischen Hilfen angewiesen.“ Sie kündigte an, dass die Ratsmitglieder demnächst auf die Einrichtungen zukommen und Informationen zu Taschengeldregelungen und Beteiligung am Hilfeplanverfahren einholen werde. Und sie wies darauf hin, dass es auch im nächsten Jahr wieder ein Dialogforum geben wird.



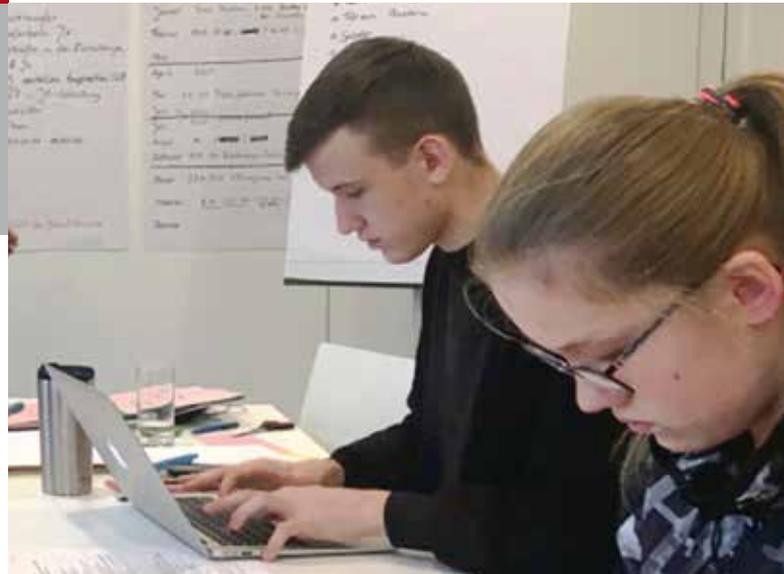


Klausurwochenende des Kinder- und Jugendhilfe Landesrates

23. bis 25. November 2018
in Fürstenwalde
Moderation: Tanja Redlich,
Erik Neumann

Mit der Wahl der Kinder und Jugendlichen in den Kinder- und Jugendhilfe Landesrat waren natürlich noch nicht alle Grundsatzfragen geklärt. Beim Klausurwochenende, das vom 23. bis zum 25. November 2018 im Jugendgästehaus in Fürstenwalde stattfand, sollten wichtige Zuständigkeiten, die Struktur des KJLR und die zukünftigen Arbeitsschwerpunkte festgelegt werden. Sechs Kinder und Jugendliche und drei Betreuer hatten ein großzügiges umgebautes Bürogebäude zur Verfügung, um die zukünftige Ausrichtung des KJLR auszuarbeiten.

Die Arbeit war unterteilt in größere Arbeitseinheiten. Zunächst wurden Kommunikation, sowohl intern als auch extern, und technische Ausstattung besprochen. Es wurde beschlossen, eine eigene Domain für einen E-Mail Server einzurichten; hierdurch besteht keine Abhängigkeit von externen Anbietern. Für Interessierte wird es offizielle Adressen zur Kontaktaufnahme geben. Zukünftig könne man auch über eine eigene Internetseite nachdenken. Für's erste wird die Internetpräsenz des KJLR über die Website der Fachstelle Beteiligung in den Hilfen zur Erziehung gewährleistet sein.



■ Das Geld

Weiteres Thema waren die Finanzen. Tanja Redlich stellte die diversen Möglichkeiten zur Fördermittelbeschaffung vor. Die Finanzen werden grundsätzlich über die Fachstelle laufen, aber es wurde angeregt, dass auch die Jugendlichen selbst Anfragen machen können, wenn es zum Beispiel um von ihnen benötigte Technik geht.

Wie auch bei den drei Dialogforen war die Thematik rund um das Taschengeld den Kindern und Jugendlichen eine wichtige Angelegenheit - besonders, dass zum Teil sogar in derselben Einrichtung gravierend

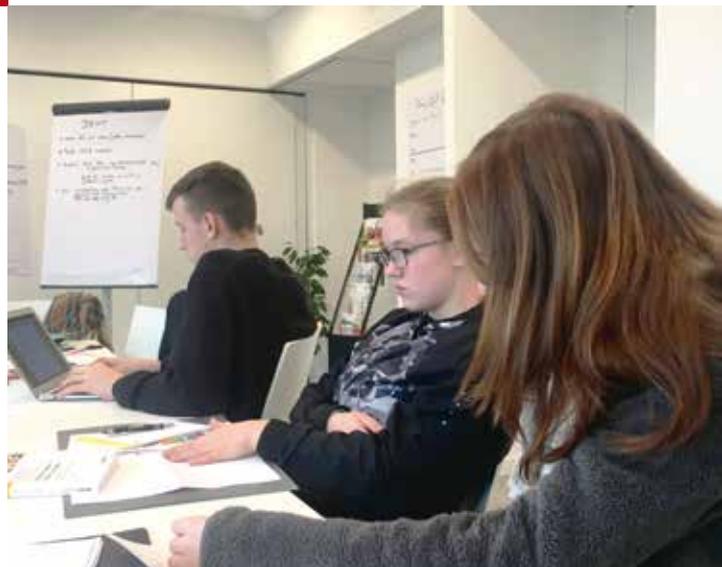
unterschiedliche Summen an Kinder und Jugendliche gleichen Alters ausgezahlt werden. Die Taschengeldbeträge sind in den Nebenkostenrichtlinien der einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte festgeschrieben. Deshalb bekommen gleichaltrige Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen Landkreisen unterschiedliches Taschengeld. Das wird als ungerecht empfunden. Der Rat möchte für Bildungsministerin Britta Ernst eine Zuarbeit verfassen, in der die landesweiten Unterschiede übersichtlich dargestellt sind. Für eine sowohl digital als auch analog durchführbare Umfrage wurde bereits ein erster Entwurf erarbeitet. Eine Herausforderung hierbei war es, die Fragen so zu formulieren, dass sie auch jüngere Leserinnen und Leser eindeutig verstehen und beantworten können.

■ Das Hilfeplangespräch

Ein weiteres Thema von zentraler Bedeutung war das Hilfeplangespräch (HPG). Mit Hilfe eines Fragebogens konnten die Ratsmitglieder den Grad ihrer Beteiligung am letzten HPG ermitteln. Ergebnis: In allen Gesprächen war die Partizipation der Kinder und Jugendlichen nicht gewährleistet. Es wurde deshalb beschlossen, dass der KJLR für die Jugendämter eine Empfehlung zur Gestaltung der HPGs erarbeitet. Im weiteren Gesprächsverlauf zeigt sich, dass die Gestaltung des HPG sehr davon abhängt, in welcher Art von Unterbringung die Kinder und Jugendlichen leben. Weitere Faktoren sind das Alter und die Kenntnisse über die rechtlichen Rahmenbedingungen. Ergebnis des regen Austauschs war eine Vorlage, die weiterbearbeitet werden soll. Auch über die Verbreitung dieses Papieres wurde bereits beraten.

■ Beteiligung am Brandenburger Erziehungshilfetag

Damit auch die Fachkräfte mehr über die Perspektiven der Kinder und Jugendlichen erfahren, hat der Rat beschlossen, sich im kommenden Jahr am Brandenburgischen Erziehungshilfetag zu beteiligen. Geplant ist, dort einen eigenen Workshop anzubieten, in dem die Positionen der Kinder und Jugendlichen vermittelt werden sollen. Auch die Teilnahme an den anderen



Workshops ist vorgesehen, um eigene Eindrücke zu sammeln. Eine Idee, die viel Anklang fand, ist die eventuelle Veranstaltung eines eigenen Fachtages.

Neben konzentriertem Arbeiten wurde zwischendurch natürlich auch viel geplaudert und gewitzelt. Das Essen wurde zumeist selber zubereitet. Es wurde zusammen gespeist und aufgeräumt, was zu einem interessanten Austausch und besserem Kennenlernen der Gruppenmitglieder untereinander führte. Auch für Unterhaltung abends war gesorgt: Die Kleineren betätigten sich spielerisch im Wohnheim, während die Älteren zu einem Konzert in einem nahe gelegenen Jugendclub gingen.

Alles in allem wurde konzentriert und produktiv gearbeitet. Die Rückmeldungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren durchweg positiv, und es wurden Wünsche geäußert, weitere Sitzungen in ähnlichem Stil abzuhalten. Die Wichtigkeit dieses Treffens darf zudem nicht unterschätzt werden. Auf dessen Ergebnisse und Planungen stützt sich die Arbeit des KJLR im Jahr 2019, eine Arbeit, die es mit Spannung zu verfolgen gilt.

*Dokumentation:
Christian Köhler Pinzón*

Mehr Informationen zur Beteiligung in den Erzieherischen Hilfen sind auf der Homepage abrufbar.

Adresse: www.beteiligung-hze.de

Mail: dialogforum@fachstelle-kijubb.de





Tornowstr. 48
14473 Potsdam
Tel. 0331 284 97-0
Fax 0331 284 97-30
info@paritaet-brb.de
www.paritaet-brb.de
